

FDP geht auf Distanz zu Schulreform im Saarland

Nach Abstimmung in Hamburg Kritik in der Jamaika-Koalition – Liberale: Nicht einfach zur Tagesordnung übergehen

Nach dem Hamburger Volksentscheid zur Einführung sechsjähriger Grundschulen nimmt die Diskussion auch im Saarland Fahrt auf. Die FDP distanziert sich von den Plänen der Jamaika-Koalition.

Von SZ-Redakteur
Daniel Kirch

Saarbrücken. Im saarländischen Regierungsbündnis aus CDU, FDP und Grünen regt sich Widerstand gegen die geplante Verlängerung der Grundschulzeit auf fünf Jahre. Als erster führender Politiker der Koalitionsparteien stellt der stellvertretende FDP-Landesvorsitzende Oliver Luksic (Foto: SZ) das Vorhaben in Frage. „Die fünfjährige Grundschule stößt bei Eltern und Lehrern im Saarland auf erheblichen Widerstand und sollte deshalb auf den Prüfstand gestellt werden“, sagte der Bundestagsabgeordnete gestern im SZ-Interview.

Am Vortag hatten die Ham-

burger Bürger in einem Volksentscheid die vom dortigen schwarz-grünen Senat geplante sechsjährige Primarstufe zu Fall gebracht. „Wir können jetzt

nicht einfach zur Tagesordnung zurückkehren, sondern müssen die offensichtliche Verunsicherung der Bevölkerung ernst nehmen“, verlangte der bildungspolitische Sprecher der FDP-Fraktion im saarländischen Landtag, Christian Schmitt. Bildungsminister Klaus Kessler (Grüne, Foto: SZ) sieht nach dem Volksentscheid gegen ein längeres gemeinsames Lernen dagegen keine Auswirkungen auf die im Saarland geplante Schulreform. Kessler verwies gestern darauf, dass an der Saar die Verlängerung der Grundschulzeit nur von vier auf fünf Jahre geplant ist, in



Oliver Luksic



Klaus Kessler

Hamburg die Kinder aber sechs Jahre gemeinsam hätten lernen sollen. Auch könnten die Bedenken derjenigen, die um die Existenz des Gymnasiums

fürchten, dadurch zerstreut werden, dass dieses in der Verfassung verankert bleibe.

Ministerpräsident Peter Müller (CDU) erklärte, das Hamburger Votum bestätige das Vorgehen der Landesregierung, die Bildungspolitik zunächst „breit zu diskutieren“.

Unionspolitiker verlangten nach dem Volksentscheid ein Ende „ideologischer Experimente“ im Bildungswesen. Die Bürger hätten es satt, „dass ständig an den Schulstrukturen herumgedoktert wird“, erklärte Bundesbildungsministerin Annette Schavan (CDU).
> Seite A 3: Berichte, Interview, A 4: Meinung

„Die Reform gehört auf den Prüfstand“

FDP-Landesvize Luksic stellt längere Grundschule in Frage – „Bedenken ernst nehmen“

Als erster führender FDP-Politiker an der Saar geht der stellvertretende Landesvorsitzende Oliver Luksic (Foto: bub) auf Distanz zur geplanten Schulreform der Jamaika-Koalition. Mit dem Bundestagsabgeordneten sprach SZ-Redakteur Daniel Kirch.



Oliver Luksic

Was sollte die Koalition im Saarland aus dem Ergebnis des Hamburger Volksentscheides lernen?

Luksic: Der Volksentscheid in Hamburg ist auch ein bundespolitisches Signal. Die fünfjährige Grundschule stößt bei Eltern und Lehrern im Saarland auf erheblichen Widerstand und sollte deshalb auf den Prüfstand gestellt werden. Die geplante Reform muss innerhalb der Jamaika-Koalition noch einmal neu diskutiert werden. Die Bedenken müssen ernst genommen werden.

Sehen Sie eine realistische Chance, dass das Projekt tatsächlich auf den Prüfstand kommt? Die Grünen werden von der längeren

Grundschule, ihrem Prestigeobjekt, nicht einfach abrücken.

Luksic: Das wird jetzt ernsthaft diskutiert werden müssen – vor dem Hintergrund des Ergebnisses in Ham-

burg, des großen Widerstandes der Betroffenen im Saarland und natürlich vor dem Hintergrund, dass man im Saarland eine Verfassungsänderung braucht und die Opposition mit ins Boot muss.

Was könnten CDU und FDP den Grünen im Gegenzug anbieten?

Luksic: Ich persönlich – da rede ich nicht für die FDP – könnte mir vorstellen, im Kindergarten statt eines Jahres zwei Jahre verpflichtend zur Vorschule zu machen. Das wäre bildungspolitisch sinnvoll, wie auch Bildungsforscher bestätigen. Dann hätte man auch sechs Jahre gemeinsames

Lernen, was die Grünen wollen.

Was stört Sie am längeren gemeinsamen Lernen, wie es im Koalitionsvertrag ja auch vereinbart ist?

Luksic: In den Bundesländern mit vier Jahren Grundschule erzielen die Schüler im Vergleich bessere Leistungen als in Ländern mit sechsjähriger Grundschule. Fünf Jahre im Saarland wären bundesweit zudem ein Sonderfall, das würde die Mobilität bei Arbeitnehmern und Führungskräften, die ins Saarland kommen oder von hier wegziehen wollen, erschweren. Teilweise sind in den Kommunen auch gar nicht die Räumlichkeiten vorhanden. Und bevor man alle paar Jahre neue Reformen an den Schulen beschließt, sollte man erst einmal abwarten, wie die alten wirken. Ich will das Gymnasium nicht aushöhlen.